

für die Gesamtinteressen des Bellerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Sachenburg.

10. Zahra.

Deutsches Reich.

* Im Hauptanstoß des Reichstages wurde der deutsch-rumänische Friedensvertrag beraten. Vom Zentrum lagen zwei Entschärfungen vor: 1. Bei den in Ausführung des Friedensvertrages von Bukarest noch notwendig werdenden Abmachungen mit Rumänien dafür zu sorgen, daß Rumänien eine ausreichende Sühne und Genugtuung für die unmenschliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen leistet. 2. Bei Ausführung des Abkommens über die rumänische Petroleumindustrie sämtliche deutsche Petroleum-Raffinerien gleichmäßig nach ihrer Leistungsfähigkeit zu beschäftigen. Staatssekretär v. Kühlmann leitete die Aussprache mit vertraulichen Ausführungen über die Donastiefrage und die Parteiverhältnisse in Rumänien ein.

Die Erklärung des Rates von Flandern für Flanderns Selbständigkeit vom 20. Juni 1918 nimmt Bezug auf die am 22. Dezember 1917 erfolgte Unabhängigkeitserklärung und betont, daß die flandrische Selbständigkeit eine reale Sicherung Deutschlands wäre, aber nicht ohne Deutschlands Hilfe zustande kommen kann. Es ist scharf ist die Erklärung gegen die belgische und französische Regierung. Es wird u. a. gesagt, die Regierung in Le Havre würde nach dem Kriege für die Flamen, doch nur den belgischen Haß, für unsere Kultur französischen Spott, für unser staatliches Leben englische Vormundschaft, und für unsere Wirtschaft amerikanisches Kapital mit amerikanischen Gläubigern bringen. Preisgegeben an Frankreich, an England und an Amerika, würde unser Volk zerfallen, seine Art verderben, seine Geschichte erlöschen. In dieser tiefsten Stunde vertrauen wir, ein Volk, das unabhängig sein will, auf Gottes Hilfe, auf unsere unbegrenzte Entschlossenheit und auf Deutschlands starken Willen und klaren Zukunftssinn. Stammesgemeinschaft, Geschichte und Selbsterhaltung weisen Deutschland und Flandern das gleiche Ziel an: „Ein freies selbständiges Flandern.“

Dolen.

« Nach feierlichem Gottesdienst in der Kathedrale fand im alten Warschauer Königsschlosse die Eröffnung des Staatsrates durch Erzbischof v. Rafomski statt. In der Thronrede, die Fürst Lubomirski namens des Regentenschaftsrates verlas, heißt es u. a.: „Der Regentenschaftsrat begrüßt, ohne seine Augen davor zu verschließen, daß die Grundsätze, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergeben wird, in Ihrer Versammlung die erste polnische gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren in der tiefen und freudigen Suversicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr geduldiger Eifer und Ihre Kenntnis von den Angelegenheiten des Landes Bürgschaft für fruchtbare Arbeit und zutreffende Entscheidung in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein wird, die auf Entscheidung warten.“

Frankreich.

* Die französische Kammer brach bei Beratung des Finanzjstandals in heftige Kämpfungen aus, als Finanzminister Alos sich weigerte, diejenigen Firmen zu nennen, denen die französische Regierung ihre Forderungen an russische Staatsbanken in Höhe von einer halben Milliarde Frank erstekte. — Züricher Blätter melden, trotz aller Abkühlungen sei Clemenceaus Stern auch in bürgerlichen Kreisen im Sinken. Ob die Deutschen in Paris einzögen oder nicht, sicher sei, daß der Tiger die längste Zeit Ministerpräsident gewesen ist.

Russland.

* Nach in Stockholm eingegangenen Nachrichten a. a. o. Zusammenbruch des Bolschewikismus nicht so nahe, aber ebenfalls unvermeidlich. Die Nachfolger der Bolschewiki würden aber ohne eine Stütze von außen sein, wie sie sich einflussreiche Russen in moralischer Anlehnung an Deutschland dächten und zunächst von völliger Anarchie abgelöst werden, welche sich die Verbundmächte sicher zunutze machen. Eine Petersburger Verammlung von Industriearbeitern beschloß den politischen Allgemeinausland gegen das jetzige Regierungssystem in Rußland zu verkünden. Die Kätregierung hat einen Alarmaufschiff erlassen, worin sie die Sozialrevolutionäre und Menschewiki beschuldigt, mit den Imperialisten und den tschecho-slowakischen Truppen, die Samara und Omsk erobert haben, zusammenzuarbeiten.

Norwegian

✱ Die Vorbereitung zu den Herbstwahlen der Storchthias sind in vollem Gange. Die Parteien veröffentlichen ihre Wahlprogramme. Die Linke, die die herrschende Partei ist und die Regierung stellt, setzt als ersten Punkt ihres Programmes fest: „Unsere Außenpolitik muß sich als Hauptaufgabe stellen, mitzuwirken an einer zwischenstaatlichen Organisation, die das Recht zukünftig sichert, einen dauernden Frieden schafft und dadurch eine scharfe Begrenzung der Militärausgaben oder gleichzeitig eine internationale Abrüstung ermöglicht.“ Die Sozialdemokratie ihrerseits tritt noch deutlicher für die Frage der Weltrechtsordnung ein und fordert zwangsweise Schiedsgerichte.

Bulgarien.

✕ In Bulgarien bleibt das Verhältnis zu den Mittelmächten auch nach dem Rücktritt von Dr. Radoslawow das alte. Der neue Ministerpräsident Walinow hat jetzt amtlich hervorgehoben, das bulgarische Volk werde wie bisher in treuer Waffenbrüderschaft mit den Verbündeten seine ganze Kraft einsetzen. In einem Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Zar Ferdinand drückte der Zar, Bulgarien werde auch weiterhin die Bahn innehalten, die es auf die letzte Höhe führte.

Bundarien

« In der Antwort auf die Thronrede des Königs, die in der Kammer verlesen wurde, heißt es u. a.: die Kammer werde unverzüglich den Friedensvertrag anerkennen. Von dem Wunsche befeßt, sich künftig der Früchte des Friedens zu erfreuen, sieht das Land im Entgegenkommen der Mächte, mit denen wir Frieden geschlossen haben, eine Brücke zur Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen Beziehungen. Durch den Friedensvertrag ist Rumänien ein neutraler Staat geworden, und diese Stellung wird ihm gestatten, die guten internationalen Beziehungen zu anderen Mächten aufrechtzuerhalten. Ebenso wünscht es mit den neugebildeten Staaten, die auf Grund der Nationalitätsprinzipien geschaffen wurden, in gute nachbarliche Beziehungen zu treten.

Mus 3m. und Musland.

Berlin, 24. Juni. Der türkische Finanzminister Dschawid Bey ist mit dem Generaldirektor der Osmanischen Nationalbank hier zwecks Gründung einer Filiale eingetroffen.

Berlin, 29. Juni. Zum Nachfolger des österreichischen Vizekonsulates in Berlin Grafen Zarisch ist Graf Donos aussersehen. Er ist ein Bruder der Fürstin Marguerite Dismard.

Berlin, 24. Juni. Die Wahlzeit des Reichstages, die schon im Januar d. Js. abgelaufen gewesen wäre, wenn sie nicht um ein Jahr verlängert worden wäre, wird abermals für ein Jahr verlängert werden.

Berlin, 24. Juni. In Krafsau haben österreichische Bahnbehörden deutsche Feldpostpakete beschlagnahmt. Von deutscher Seite ist energisch Einspruch erhoben worden.

Berlin, 24. Juni. Einem Berliner Blatte zufolge soll dem Reichstage noch in diesem Tagungsabschnitt eine neue Kreditvorlage gehen.

München, 24. Juni. Die bayerische Abgeordnetenkammer bewilligte den Betrag von 800 000 Mark zur Beteiligung des Staates Bayern an der Reichsfuttermittelstelle G. m. b. H. in Berlin.

Karlsruhe, 24. Juni. Zum badischen Bundesrats-
bevollmächtigten in Berlin ist Regierungsrat Dr. Fecht,
hier ernannt worden.

Wien, 24. Juni. Die ukrainische Regierung hat eine neue Note an die rumänische Regierung gerichtet, die in sehr energischer Form die Ansprüche der Ukraine auf Besarabien aufrechterhält.

Budapest, 24. Juni. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident, beim Ausstand der Arbeiter in der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen sei es zwischen Gendarmerie und Arbeitern zu Zusammenstößen gekommen. 4 Arbeiter wurden dabei getötet, 19 verwundet.

Kopenhagen, 24. Juni. Am Mittwoch und den folgenden Tagen findet hier die nordische Ministerkonferenz statt, die sich mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage der drei Länder beschäftigen wird.

Mexal, 24. Juni. Der Oberbefehlshaber Ost, Prinz Leopold von Bayern, ist hier zu kurzem Besuche eingetroffen.

Bern, 24. Juni. Nach einer Erklärung im Bundesrat ist die Getreideversorgung der Schweiz bis zur nächsten Inlandsernte gesichert.

Bern, 24. Juni. Die französischen Blätter erklären sich neuerdings mit einem Eingreifen Japans in Sibirien, das unmittelbar bevorstehen soll, einverstanden.

Lugano, 24. Juni. Präsident Wilson soll am 4. Juli zum Ehrenbürger von Florenz ernannt werden.

Deutscher Reichstag.

(179. Sitzung.) CB. Berlin, 24. Juni.
Im Bundesratsstich: der Reichskanzler, Vizekanzler v. Pappe,
die Staatssekretäre v. Kählmann, Wallraf v. Stein.
Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Fehren-
bach mit, daß, um dem Ausschuss Raum für seine Arbeit zu
lassen, die Beratung der auswärtigen Politik zunächst am
Mittwoch zu Ende geführt wird und dann die Volkskammern bis

Fortsetzung

